

# Planspiel

Magnet Europa



RO 4

bis

RO 8

## Rollenblätter Fraktionen

### Portal

Lehr-Lernmaterial zum  
Themenschwerpunkt  
Europa



<https://www.adenauer-campus.de/lernlabor/europa>



1. Sie gehören als Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments der **Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE)** an und sind **Mitglied im Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)**. Dieser Ausschuss ist zuständig für Bürger-, Menschen-, und Grundrechte in der EU (einschließlich Schutz von Minderheiten), Diskriminierung, Transparenz, Datenschutz, Einreise und den Personenverkehr, Asyl und Zuwanderung.
2. Die Liberalen bilden unter Vorsitz des Belgiers Guy Verhofstadt die viertgrößte Fraktion im europäischen Parlament. Die 67 Mitglieder umfassende Fraktion setzt sich ausdrücklich für mehr Europa ein, um den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wie auch des Klimawandels begegnen zu können. Ihr Ziel ist es, ein Europa zu schaffen, das von den Menschen verstanden wird und ihren Bedürfnissen entspricht. Der Fokus der Liberalen liegt auf der Entwicklung einer neuen Wirtschaft, die grüner und wettbewerbsfähiger ist und neue Technologiewege nutzt für mehr Wachstum und Arbeit.
3. Argumentieren und Handeln Sie im Planspiel unter Berücksichtigung der Positionen ihrer Fraktion zur Migrationspolitik.

Die Fraktion der **ALDE** tritt für eine gemeinschaftliche Migrationspolitik ein, die die Menschenrechte uneingeschränkt einhält und eindeutig zwischen Asyl und Einwanderung unterscheidet.

- Die EU darf ihre moralischen, aber auch rechtlichen Verpflichtungen nicht im Mittelmeer über Bord werfen
- die Abschottung Europas war und bleibt die falsche Antwort auf die Flüchtlingsproblematik
- Menschen, die vor Kriegen oder kriegsähnlichen Zuständen in ihrem Land flüchten, muss zeitlich begrenzter Schutz gewährt werden.
- Der Kampf gegen illegale Einwanderung ist zu verschärfen.
- Integration ist ein grundlegendes Element der Migrationspolitik und mit besonderer Sorgfalt zu betreiben.
- Es muss mehr Energie darauf verwandt, durch eine gezielte europäische Asyl-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik bei den Ursachen afrikanischer Flüchtlingsströme anzusetzen.

- Grundsätzlich sind Flüchtlinge und Asylbewerber auf die EU-Staaten zu verteilen, wofür gemeinsame Regelungen anzunehmen sind:  
Angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen in der EU aus Krisenstaaten wie Syrien fordert die Fraktion der „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ die Einführung eines Schlüssels zur fairen Verteilung von Asylsuchenden über die Mitgliedstaaten. „Es kann nicht sein, dass zehn Mitgliedstaaten 90 Prozent der Asylsuchenden aufnehmen. Die restlichen 17 stehen sich aus der Verantwortung, indem sie ihr Asylsystem so rudimentär und uneinladend wie möglich halten“, kritisiert Nadja Hirsch, die für die Liberalen im Europäischen Parlament das Asylnpaket aushandelt. „Wir müssen dafür sorgen, dass diese Taktik nicht aufgeht.“
- „Auf unseren Nachbarkontinenten erleben wir gerade einen gesellschaftlichen Umbruch, der mit Gewalt und Krieg verbunden ist. Daher sind alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen.  
Die Dublin-II-Verordnung macht es sich mit dem Prinzip, den Asylsuchenden in den Mitgliedsstaat zurückzusenden, in dem er das erste Mal die EU betreten hat, zu einfach. Malta, Zypern oder Griechenland werden dadurch unverhältnismäßig belastet.“ (N. Hirsch)
- In einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem wäre ein europäischer Verteilungsschlüssel ein wichtiger Schritt hin zu mehr gemeinsamer Verantwortung und Gerechtigkeit. Die Verteilung über die Mitgliedstaaten könnte auf einer Quote basieren, die sowohl die Bevölkerungsstärke als auch das Bruttoinlandsprodukt der Staaten berücksichtigt.

## Quellen

- ALDE ,online 3/2013
- [www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)



1. Sie gehören als Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments der **Fraktion der Grünen / Europäische Freie Allianz (EFA)** an und sind **Mitglied im Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)**. Dieser Ausschuss ist zuständig für Bürger-, Menschen-, und Grundrechte in der EU (einschließlich Schutz von Minderheiten), Diskriminierung, Transparenz, Datenschutz, Einreise und den Personenverkehr, Asyl und Zuwanderung.
2. Die Fraktion der Grünen/EFA ist ein Zusammenschluss zweier getrennter politischer Familien, die sich zu einer Zusammenarbeit entschlossen haben, um die jeweiligen politischen Interessen im Europäischen Parlament zu stärken. Unter dem Ko-Vorsitz des Belgiers Philippe Lamberts und der Deutschen Rebecca Harms setzen sich die 50 Fraktionsmitglieder für Grundrechte und Umweltschutz ein. Sie setzen auf Dezentralisierung, um die Demokratie in Europa zu vertiefen. Wichtige Bestandteile ihrer Agenda sind Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Ihr Ziel ist es, ein nachhaltiges Europa für Mensch und Natur mit Hilfe ökonomischer und sozialer Reformen zu schaffen.
3. Argumentieren und Handeln Sie im Planspiel unter Berücksichtigung der Positionen ihrer Fraktion zur Migrationspolitik.

### Migrationspolitik

Europa braucht Einwanderung. Die EU hat auch die moralische Pflicht, Menschen Asyl zu gewähren, die Asyl benötigen. Die Grünen wollen Durchführungsbestimmungen für Einwanderung, die es Migranten ermöglicht, legal einzureisen und hier zu arbeiten, und effiziente Prozeduren in der Asylpolitik, durch die die menschliche Behandlung der Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt wird.

Die Kommission und der Rat wollen am bisherigen Verteilungssystem für Asylsuchende gemäß dem Dublin-II-Abkommen festhalten. Damit bleibt weiterhin ausnahmslos jenes Land für die Aufnahme zuständig, in das die Flüchtlinge zuerst eingereist sind.

Staaten wie Malta, Zypern, Italien und Griechenland, wo aus geographischen Gründen die meisten Flüchtlinge ankommen, fordern von den anderen EU-Mitgliedern schon lange eine Entlastung. Sie nehmen wesentlich mehr Asylsuchende auf als mittel- oder nordeuropäische Länder. Hier muss es zu einer Änderung des Verteilungssystems kommen. Es ist kein Geheimnis, dass Staaten wie Griechenland mit der Betreuung von Asylsuchenden komplett überfordert sind. Viele Flüchtlinge müssen dort in menschen-unwürdigen Zuständen leben. Darin waren sich die Innenminister zahlreicher EU-Staaten in letzter Zeit einig und haben aus humanitären Gründen keine Asylbewerber mehr nach Griechenland abgeschoben.

Angesichts der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer als Folge der tunesischen und libyschen Revolutionen und des Bürgerkriegs in Syrien haben wir mehrfach eine zumindest vorübergehende Aufnahme der Flüchtlinge gefordert. Leider konnten wir uns nicht durchsetzen. Auch in der Frage der Neuansiedlungen von Flüchtlingen, die keine Aussicht auf eine Heimkehr haben („resettlement“), blockiert der Rat weiterhin eine Lösung

Die Schaffung des Schengen-Raums ist eine der größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses, der durch die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen und die beispiellose Freizügigkeit innerhalb der EU gekennzeichnet ist. Daher bedauert die Fraktion nachdrücklich, dass einige Mitgliedstaaten versuchen, wieder Grenzkontrollen einzuführen und so eindeutig den Geist des Schengen-Besitzstands gefährden. Der große Zustrom von Migranten und Asylsuchenden an den Außengrenzen in den letzten Jahren ist in keinem Fall für sich genommen ein zusätzlicher Grund für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

### Quellen

- [www.greens-efa.eu/de/europaeische-asylpolitik-5210.html](http://www.greens-efa.eu/de/europaeische-asylpolitik-5210.html)
- Die Grünen im EP, online



1. Sie gehören als Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments der Die Fraktion der **Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), (EVP)**, an und sind **Mitglied im Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)**. Dieser Ausschuss ist zuständig für Bürger-, Menschen-, und Grundrechte in der EU (einschließlich Schutz von Minderheiten), Diskriminierung, Transparenz, Datenschutz, Einreise und den Personenverkehr, Asyl und Zuwanderung.
2. Mit 221 Mitgliedern sind die Christdemokraten die größte im Parlament vertretene Fraktion. In finden sich proeuropäische Kräfte der Mitte und der rechten Mitte. Viele Mitglieder der EVP gehören ebenfalls der Europäischen Volkspartei an, die sich als erste transnationale Partei auf europäischer Ebene versteht. Die EVP setzt sich für die Verwirklichung eines Europas ein, das sich durch Wettbewerbsfähigkeit, Demokratie, Bürgernähe und eine soziale Marktwirtschaft auszeichnet. Wichtig ist ihnen, dass die Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und institutionelle Reformen durchsetzt, die ein effizienteres Arbeiten der Union ermöglichen. Der Vorsitzende der Fraktion ist der Deutsche Manfred Weber.
3. Argumentieren und Handeln Sie im Planspiel unter Berücksichtigung der Positionen ihrer Fraktion zur Migrationspolitik.

Der Abbau der Binnengrenzen setzt ein gegenseitiges Vertrauen aller diesem Raum angehörenden Staaten voraus. Die Sicherheit des Schengen-Raums ist für die **EVP** von höchster Bedeutung und hängt von der Konsequenz und Effizienz, mit denen jeder Mitgliedstaat die Kontrollen an seinen Aussengrenzen durchführt, sowie von der Qualität und Zügigkeit bei der Übermittlung von Informationen über Systeme wie dem SIS (Schengener Informationssystem) ab.

Seitdem durch den Bürgerkrieg in Libyen 2011 Hunderttausende aus dem Land getrieben wurden, ähnlich wie aktuell (2012) in Syrien, wird eine Debatte über eine mögliche Änderung der Schengen-Politik in Bezug auf die Grenzkontrollen und die Freizügigkeit geführt. Zu dieser Debatte kam es, weil mehrere Mitgliedstaaten (Italien und Frankreich) auf das Problem des massiven Zustroms von Migranten infolge der Revolutionen in den arabischen Ländern aufmerksam gemacht haben und weil andere Staaten (Dänemark) die Auffassung vertraten, dass im Kampf gegen das Verbrechen mehr Kontrollen an den Binnengrenzen notwendig sind. Unsere Fraktion befürwortet grundsätzlich das von der Kommission im September 2011 vorgelegte Gesetzespaket, in dem u.a. die mögliche Wieder-einführung von Kontrollen an den Binnengrenzen durch einen Mitgliedstaat in ausergewöhnlichen Situationen vorgeschlagen wird. Der von der Mehrheit der Innenminister gemachte Vorschlag, dass jede Regierung allein über die Wieder-einführung von Kontrollen entscheiden kann, wenn ihrer Meinung nach ein Ansturm von Flüchtlingen droht, wird jedoch von der EVP abgelehnt. Sie will zumindest eine Absprache auf EU-Ebene.

Für unsere Fraktion liegt es auf der Hand, dass die Union eine robuste gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik benötigt und dass neben einer wirksamen Grenzkontrolle und einer wirksamen Politik der Rückführung illegaler Einwanderer Wege für die legale Zuwanderung geöffnet werden müssen. Es liegt im Interesse der Europäischen Union und ihrer Bürger, dass gemeinsame Kriterien und Instrumenten im Bereich der Migrationspolitik gefunden werden, so z.B.:

- Unerbittliche Bekämpfung mafiaähnlicher Organisationen und organisierter Gruppen,
- Konsequentes Vorgehen gegen die illegale Einwanderung,
- Politik der legalen Einwanderung
- Einbeziehung der Einwanderungspolitik in die Außenpolitik der EU-Länder
- Rückübernahmeabkommen mit Drittländern, d. h. mit Ursprungs- und Transitländern,

Die **EVP** ist der Auffassung, dass jeder Mitgliedstaat seinen entsprechenden Abschnitt der Außengrenzen wirksam kontrollieren kann und muss. Ebenso wenig darf die Union die Solidarität ausser Acht lassen und die Staaten allein lassen, die extremen Situationen eines massiven Einwanderungsdrucks ausgesetzt sind, die unmöglich nur auf nationaler Ebene gemanagt werden können. Staaten, die ein Problem beheben müssen, müssen unterstützt werden (z.B. durch Frontex).

#### **Quellen**

- eppgroup, online
- EVP Jahrbuch 2011 der EVP Fraktion



1. Sie gehören als Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments der **Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)** an und sind **Mitglied im Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)**. Dieser Ausschuss ist zuständig für Bürger-, Menschen-, und Grundrechte in der EU (einschließlich Schutz von Minderheiten), Diskriminierung, Transparenz, Datenschutz, Einreise und den Personenverkehr, Asyl und Zuwanderung.
2. Die linke Fraktion setzt sich aus 52 Abgeordneten, die aus 14 Mitgliedstaaten stammen, zusammen. Die Abgeordneten eint die gemeinsame Vision eines sozial gerechten, friedlichen und ökologisch nachhaltigen Europas. Sie setzen sich für mehr Demokratie, bessere Arbeitsplätze und Bildungschancen ein. Soziale Sicherheit, sozialer Zusammenhalt und ein respektvoller Umgang mit der Erde und ihren Ressourcen sind ebenso Gegenstand ihrer Agenda wie ein Dialog der Kulturen und eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung. Unter dem Vorsitz der Deutschen Gabriele Zimmer plädiert die Fraktion für Frieden und Gleichberechtigung.
3. Argumentieren und Handeln Sie im Planspiel unter Berücksichtigung der Positionen ihrer Fraktion zur Migrationspolitik.

Nachdem die Zahl der Asylanträge in der EU bis 2010 kontinuierlich zurückgegangen ist, lässt sich in den vergangenen Jahren wieder ein Zuwachs verzeichnen. Laut Statistiken der EU-Kommission wurden im Jahr 2006 in den 27 Staaten 181.770 Asylanträge registriert, das waren 50 Prozent weniger als im Jahr 2002. Seitdem haben die Zahlen völlig unabhängig von europäischen Abschottungsbemühungen wieder das alte Niveau erreicht, mit knapp 336.000 Anträgen 2012. Die Gründe für den Anstieg in den vergangenen Jahren sind die Umbrüche in Nordafrika, der Bürgerkrieg in Syrien und die weiterhin problematische Lage in Afghanistan.

Dringend notwendig ist eine aktive Politik zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern von Flüchtlingen. Dazu gehört auch die massive Aufstockung der Entwicklungshilfe auf die bereits 1968 eingegangene - und längst noch nicht von allen EU-Staaten erfüllte Verpflichtung - 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts aus öffentlichen Geldern als Entwicklungshilfe zu leisten. Zudem müssen Waffenexporte vollständig unterbunden werden.

Für Asylsuchende wird es immer schwieriger, überhaupt Zugang zum Hoheitsgebiet der EU zu erlangen. Tausende Flüchtlinge sterben jährlich allein im Mittelmeer bei dem Versuch, in der Europäischen Union um Schutz und Aufnahme zu bitten. Wem es trotzdem gelingt, die Mauer um die EU zu durchbrechen, dem drohen meist Gefängnishaft, Abschiebung und jahrelange Einreisesperren.



Europa darf keine „Festung“ sein, die Menschen in Not abweist.

Die Europaabgeordneten der GUE/NGL wollen ein offenes und demokratisches Europa. Deshalb setzen sie sich für eine gemeinschaftliche Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, die die Menschenrechte uneingeschränkt einhält. Wer aufgrund seines politischen Engagements oder aufgrund seiner nationalen Zugehörigkeit, seiner Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung flieht, muss in einem offenen Europa Schutz und Aufnahme finden. Dazu gehört auch die Anerkennung geschlechtsspezifischer sowie nichtstaatlicher Verfolgung als Asylgrund und der besondere Schutz geflüchteter Kinder. Die Gewährung von Asyl darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob Menschen aus so genannten sicheren Drittstaaten in die EU kommen.

Ein wichtiger Schritt ist die Abschaffung des bisherigen Dublin-Systems, nach dem für einen Asylantrag der Mitgliedstaat zuständig ist, über den der oder die Antragsteller/-in eingereist ist. Damit wird die Verantwortung für Flüchtlinge, die nach Europa wollen, völlig unverhältnismäßig auf die südlichen und östlichen EU-Länder abgewälzt. Eine vernünftige europäische Asylpolitik muss daher auch mit Fairness innerhalb der EU anfangen. Es muss einen solidarischen Lastenausgleich innerhalb der EU geben, um die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, die erste Anlaufstelle für viele Flüchtlinge sind, zu unterstützen. Daher bedarf es verbindlicher Zusagen der EU-Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen, um ihren Status zu klären und so die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen zu entlasten. Bisher tun dies die 28 EU-Mitgliedstaaten lediglich auf freiwilliger Basis, mit dem Argument, dass die Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Unterbringung und die Bearbeitung der Asylanträge zeit- und kostenaufwendig sind.

Die Fraktion lehnt die reguläre Inhaftierung von Asylsuchenden prinzipiell ab ebenso wie die Abschiebehaft. Flüchtlingsaufnahmelager mit menschenunwürdigen Bedingungen müssen der Vergangenheit angehören. Die GUE/NGL tritt für eine Stärkung der Rechte der Menschen ein, die in die EU-Mitgliedstaaten fliehen. Allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern muss ein transparentes Verfahren unter Wahrung aller grundlegenden Rechte, einschließlich anwaltlicher Unterstützung und Verdolmetschung, garantiert werden.

## Quellen

- [www.dielinke-europa.eu/article/7268..html](http://www.dielinke-europa.eu/article/7268..html)
- [www.europa-links.eu/fakten/die-fraktion-guengl-im-europaparlament](http://www.europa-links.eu/fakten/die-fraktion-guengl-im-europaparlament)



1. Sie gehören als Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments der **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im EP (S&D)** an und sind **Mitglied im Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)**. Dieser Ausschuss ist zuständig für Bürger-, Menschen-, und Grundrechte in der EU (einschließlich Schutz von Minderheiten), Diskriminierung, Transparenz, Datenschutz, Einreise und den Personenverkehr, Asyl und Zuwanderung.
2. In der mit 191 Mitgliedern zweitgrößten Fraktion des Europäischen Parlamentes setzen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten für ein sicheres und gerechtes Europa ein, basierend auf den Grundrechten. Ein starkes Europa ist wichtig, um Herausforderungen wie dem Klimawandel begegnen zu können und Krisen zu meistern. Die Sozialdemokraten fordern, dass die Union in ihrer Energieversorgung unabhängiger wird und weiter in erneuerbare Energie investiert. Gleichberechtigung, Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen sowie ein Stoppen von Gewalt und Diskriminierung haben hohe Priorität auf der politischen Agenda. Unter dem Vorsitz des italienischen Europaabgeordneten Gianni Pittella entwickelt die Fraktion Ideen für ein lebenswerteres Europa. Die S&D ist die einzige Fraktion mit Abgeordneten aus allen 28 Mitgliedsstaaten.
3. Argumentieren und Handeln Sie im Planspiel unter Berücksichtigung der Positionen ihrer Fraktion zur Migrationspolitik.

### Positionen der S&D zur Asyl und Flüchtlingspolitik

Flüchtlingskatastrophen, wie etwa die vor Lampedusa oder Ceuta, lösen in der Öffentlichkeit heftige Debatten aus. Die Europäer müssen in Zukunft gemeinsam mehr tun, um derartige Katastrophen zu verhindern. Die Einhaltung internationaler Schutzstandards bei Grenzschutzaktionen ist unsere oberste Priorität. Die Verpflichtung zur Seenotrettung ist internationales Recht. Wir brauchen sichere Wege nach Europa, um Asylsuchende nicht weiter den Gefahren einer irregulären Einreise auszusetzen. Bereits vorhandene Instrumente, um Schutzsuchende direkt aus einem Drittstaat nach Europa zu holen, müssen gestärkt werden. Dazu gehören für Menschen in Notsituationen humanitäre Visa, die ihnen die Einreise aufgrund kriegsrischer Auseinandersetzungen im Herkunftsland oder einer unmittelbaren individuellen Gefährdung erlauben. Durch Wiederansiedlungsprogramme können Flüchtlinge direkt aus Flüchtlingslagern der Vereinten Nationen nach Europa umgesiedelt werden.

Menschenwürdige Aufnahmebedingungen und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren müssen überall in der EU selbstverständlich sein. Hier ist jedoch eine konsequente gemeinsame Herangehensweise notwendig, um die sich stetig ändernden Herausforderungen zu meistern. Solidarität muss zum Leitfaden für gemeinsames Handeln werden.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (Juni 2013) muss um Wirkung vor Ort bei den Asylbewerbern und damit indirekt auch im jeweiligen Umfeld zu entfalten, zeitnah und umfassend von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Aufgrund ihrer geographischen Lage kommt ein großer Teil der Schutzsuchenden in Ländern an den Außengrenzen der Europäischen Union an. Diese Situation wird durch die Dublin-III-Verordnung verfestigt. Diese regelt, dass für Asylbewerber meist der Einreisestaat zuständig ist. Aufgrund dieser Regelung können dann andere Mitgliedstaaten zu ihnen durchgereiste Flüchtlinge dorthin zurück schicken und so die eigene Verantwortung verlagern. Wir fordern daher eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden in Europa, die auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fußt. Ein rein finanzieller Ausgleich für Staaten in Randlage reicht nicht aus. Alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen, sie menschenwürdig unterzubringen und ihre Anträge sorgfältig zu prüfen.

Europa ist ein Zuwanderungskontinent und muss die Rahmenbedingungen für legale Zuwanderung verbessern, anstatt auf Zuwanderung einseitig repressiv zu antworten.

Wir setzen uns für eine gute Integration von Zuwanderern in Europa ein. Integration erfordert Toleranz und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit anderen Lebensentwürfen sowohl bei den Zuwanderern als auch seitens der Aufnahmegesellschaft. Für eine bessere Integration sind ausreichende Angebote zum Spracherwerb und die Vermittlung in Arbeit notwendig. Zudem müssen künftig alle Zuwanderer, die seit Jahren in Europa leben und arbeiten, eine Chance haben, die Staatsbürgerschaft des jeweiligen europäischen Zuwanderungslandes zu erhalten.

Eine erfolgreiche Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch mit unterschiedlichen Instrumenten die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern und Fluchtursachen beseitigen. Wir brauchen eine europäisch gut koordinierte Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft und Hilfe zur Selbsthilfe organisiert, damit Menschen Lebensperspektiven vor Ort entwickeln können und nicht gezwungen sind, ihre Heimatländer zu verlassen. Wichtige Bausteine sind der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung. Wirtschaftlicher Fortschritt in Schwellen- und Entwicklungsländern muss gepaart werden mit der Einführung von Systemen staatlicher sozialer Mindestsicherung. Die europäische Handelspolitik ist ein wichtiges Instrument für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Wir wollen eine Außen- und Handelspolitik, die Wohlstandsverteilung fördert, den Kampf gegen Armut unterstützt und dadurch eine tatsächliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen bewirkt.

## Quellen

- Für einen globalen Ansatz in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Positionspapier der SPD- Gruppe im Europäischen Parlament, Stand Mai 2014
- Glante, S&D online